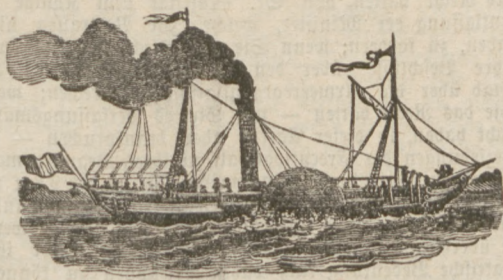


Danziger Dampfboot.

N^o. 24.

Donnerstag den 29. Januar.



1863.

34ter Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaffengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Metemeyer's Centr.-Btg.- u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Hamburg-Altona, Frankf. a. M. Haasenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Von der polnischen Grenze, 28. Januar. Der Warschauer „Dziennik“ veröffentlicht einen detaillirten Bericht über die Gefechte bei Bobzentyn, Suchednio, Leczna und Plock, in denen die Insurgenten überall zerstreut und ihnen viele Gefangene abgenommen wurden, jedoch nicht ohne bedeutende Verluste auch auf der andern Seite. Warschau ist ruhig.

Frankfurt a. M., Mittwoch 28. Januar. Eine Turiner Correspondenz der „Europe“ enthält Details fortgesetzter Unterhandlungen, welche in Athen durch den italienischen Gesandten Mamiani, in Turin durch den griechischen Geschäftsträger Roque über eine eventuelle Kandidatur des Herzogs von Aosta für den griechischen Thron geführt würden. Pasolini habe die positive Antwort gegeben, wenn die Schutzmächte die Wahl genehmigten, so werde Victor Emanuel sich der Thronbesteigung des Herzogs nicht widersetzen und Sir James Hudson habe der Turiner Regierung erklärt, die Kandidatur des Herzogs werde die Unterstützung Englands erhalten, aber nur wenn gewisse andere Kandidaturen deutscher Prinzen gescheitert seien.

Das Journal „L'Europe“ berichtet aus authentischer Quelle, daß der Kaiser Napoleon in seiner Instruktion für den General Forey als erste Bedingung für einen Frieden mit Mexico die Abtretung der gold- und silberreichen Provinz Sonora mit Guaymas, den besten Häfen Mexicos, hingestellt habe.

Wien, Mittwoch 28. Januar. Die Abendausgabe der heutigen „Wiener Ztg.“ enthält ein Telegramm aus Warschau vom 27. Abends, wonach in Plock die Rekrutierung ohne Schwierigkeit ausgeführt, die Verbindung zwischen Plock und Warschau wieder hergestellt und die Umgegend von Modlin von Insurgenten gesäubert ist.

Wien, Mittwoch 28. Januar, Mergens. Nach einem Telegramm der „Presse“ aus London vom gestrigen Tage verlautet in dortigen diplomatischen Kreisen, daß Lord Palmerston den Prinzen Eward von Sachsen-Weimar, Vetter des Großherzogs, zum Kandidaten für den griechischen Thron vorschlagen werde.

Wien, Mittwoch 28. Januar, Abends. Die „Generalkorrespondenz für Oesterreich“ brüht gegenüber dem gestrigen „Staatsanzeiger“ die Verwunderung aus, daß Herr von Bismarck anstatt antisch von tendenziösen lügenhaften Entstellungen reden zu lassen, nicht endlich klar, bestimmt erklären läßt, auf welchem Wege ihm die Aufforderung zu der Unterredung mit dem Grafen Rechberg zugekommen. Sollte dies etwa durch den Grafen Thun geschehen sein, so lag doch nichts näher, als bei dem Diplomaten, der nicht in Berlin accredited ist, sich nach seiner Bevollmächtigung zu solchen Eröffnungen zu erkundigen.

3 Behoe, Mittwoch 28. Januar. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung stellte Baron Blome den Antrag, eine Adresse an den König zu richten, in welcher die verhängnißvolle Lage des Landes geschildert und der Wunsch ausgesprochen werden soll, die Regierung möge Mittel finden, eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Paris, Dienstag 27. Januar, Abends. Die „Presse“ glaubt zu wissen, daß die Pforte an Oesterreich und England eine Note gerichtet habe, in der sie Rußland anklagt, an den Waffensendungen nach Serbien mitschuldig zu sein, um Serbien zum Angriff auf die türkischen Festungen zu drängen. Die

„Presse“ fügt hinzu, daß Rußland im Süden Geschützparks zusammenziehe.

Paris, Mittwoch 28. Januar, Abds. Man versichert aus guter Quelle, daß der Fürst von Leiningen als Kandidat für den griechischen Thron in Vorschlag gebracht sei.

Die Minister ohne Portfeuille haben heute in der Adresskommission Erklärungen abgegeben.

Paris, Mittwoch 28. Januar. Der „Moniteur“ publizirt eine Depesche von Drouyn de Lhuys an Mercier vom 9. Januar, betreffend einen neuen Schritt zur Friedensstiftung bei dem Kabinet in Washington. Es heißt darin, die französische Regierung habe die gegen eine freundschaftliche Vermittelung erhobenen Einwendungen reiflich geprüft. Von den guten Diensten einer anderen Macht Gebrauch zu machen, sei nicht unverträglich mit dem Stolz eines großen Volkes, am wenigsten wenn der Vorschlag nicht der Basis der künftigen Friedensverhandlungen präjudizire. Frankreich bestreite Amerika keineswegs das Recht, die Mitwirkung der Großmächte abzuweisen, aber eine solche Mitwirkung sei das einzige Mittel, die Beendigung des Krieges zu beschleunigen. Wenn das Kabinet von Washington jede Einmischung des Auslandes abweise, so könnte es wenigstens auf direkte Besprechungen (pourparlers) mit den Behörden der Südstaaten eingehen. Die Eröffnung von Unterhandlungen zwischen den kriegführenden Theilen würde nicht nothwendig eine Einstellung der Feindseligkeiten mit sich bringen. Nichts würde dem Beginn von Unterhandlungen mit dem Süden entgegenstehen, wenn der letztere damit einverstanden, daß die beiderseits gewonnenen Vortheile durch Fortsetzung des Krieges weiter verfolgt würden. Die Vertreter beider Theile würden sich in einer für neutral zu erklärenden Stadt zu versammeln und sich zunächst mit der Frage zu beschäftigen haben, ob nichts übrig bleibe als eine Trennung, oder ob die alten Erinnerungen mächtiger seien als die Ursachen, welche die Bevölkerungen zu den Waffen getrieben haben. Eine solche Unterhandlung würde keineswegs dem Einwande ausgesetzt sein, welcher gegen die Einmischung Europas erhoben worden sei.

Drouyn de Lhuys ermächtigt Mercier, Abschrift der Depesche bei dem Staats-Secretair zurückzulassen.

London, Mittwoch 28. Januar. Mit dem Dampfer „Asia“ aus New-York eingetroffene Berichte vom 14. d. melden, daß einem Gerüchte nach General Banks und Commodore Faragut aus Mississippi zurückgeworfen worden seien. Die Unionisten haben die Absicht, Vicksburg anzugreifen, aufgegeben. Die Confederirten sind auf dem Rückzuge von Springfield.

Berichten vom 15. d. zufolge hat der Congress ein Gesetz zur Emission von 100 Mill. Dollars in Schatzscheinen angenommen. Im Congresse hielt Vallandigham eine Rede zu Gunsten der Vermittelung oder eines Waffenstillstandes, einen schiedsrichterlichen Spruch jedoch verwerfend. In der gesetzgebenden Versammlung von New-Yersey ist ein Antrag eingebracht worden, der einen Waffenstillstand und eine Convention verlangt, behufs von Unterhandlungen über eine freundschaftliche Einigung zwischen dem Norden und dem Süden. Es ist ein Gesetzentwurf über Anwerbung von 150,000 Negern im Congress eingebracht worden. Spaulding erklärt, daß die Regierung sofort 150 Mill. Dollars bedürfe.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

5. Sitzung. Dienstag 27. Januar. (Schluß.)

Abg. v. Benda erklärt, daß er und seine Freunde anfänglich gegen jede Adresse gewesen, welche nicht von der gesammten liberalen Partei habe ausgehen können. Sie könnten auch jetzt nicht für eine Adresse stimmen, welche einen Passus enthalte, wie der Majoritäts-Entwurf in Betreff der Beamten. Redner wünscht diesen Passus im Sinne der Aufforderung des Referenten beseitigt zu sehen. Aus der Erklärung des Ministerpräsidenten in der Commission spreche der nackte Absolutismus, hiernach sei der Erlaß einer Adresse, wie die in Rede stehende, unerlässlich. Redner und seine Freunde würden daher, wenn auch mit schwerem Herzen, die Adresse unterzeichnen. Während dieser Reden sind der Kriegs-, Handels-, Ackerbau- Minister und der Minister des Innern eingetreten.

Abg. Waldeck: Die Adresse sei eine Consequenz der Beschlüsse des Hauses vom 17. Sept., vom 7. u. 13. Oct. v. J. Das Land setze unter einem budgetlosen Regiment, die Basis der Verfassung sei erschüttert und wie das Land dies fühle, das habe sich in der Eröffnungs-sitzung gezeigt. Denn was in einer Adresse gesagt werden könne, das habe der würdige Präsident schon in der ersten Sitzung gesagt. Die neue Geschäftsordnung befähige den Alterspräsidenten und damit auch den Dank an diesen für die Eröffnung der Verhandlungen. Der Redner glaube im Sinne des Hauses zu handeln, wenn er jetzt es ausspreche, daß die Schwähungen, welche der Präsident dafür geerntet, ihm zur höchsten Ehre gereichen, daß sich der Präsident um das Land verdient gemacht habe (die Linke, das linke Centrum, die Polen erheben sich von ihren Plätzen). Der Redner habe gemeint, eine Adresse sei hiernach überflüssig; wenn die Majorität anderer Meinung sei, so könne man nur eine Adresse billigen, wie die, welche die Majorität wolle. Wenn die Abgeordneten berufen seien, die Wahrheit zu sagen, so müßten sie dies gewiß dem Könige gegenüber. Der Redner halte durch den Entwurf die Ehrfurcht nicht verletzt. Die Auslassungen des Ministerpräsidenten in der Commission änderten darin nichts; wenn sein Ministerium angeklagt werde, könne der Ministerpräsident kein kompetenter Richter sein. Die Verschmelzung des Königs mit seinen Ministern sei unconstitutionell. Die Verfassung erkläre nicht umsonst den König für unverletzlich, die Minister für verantwortlich. Dies Alles könne nicht gegen eine Adresse sprechen, wie die des Majoritäts-Entwurfs. Die übrigen Entwürfe blieben hinter ihren Aufgaben zurück. Der des Abgeordneten v. Vincke stände auf dem Niveau einer Antwort auf die Thronrede, und enthalte doch nur banale Phrasen, wenn er auf der einen Seite die Minister des Verfassungsbruches zeihe und andererseits Hoffnung auf Lösung des Conflicts von denselben Ministern ausspreche. Der Reichensperger'sche Entwurf sei gleichfalls nicht ausreichend für die erste Lage des Landes; diese Lage sei furchtbar ernst. Man denke nur an den Ministerwechsel. Seit 10 Monaten sei fast jedes Portfeuille von drei oder von zwei Ministern übernommen worden, nur der eine Kriegsminister sei unverfehrt stehen geblieben (Geiterkeit). Und wohin seien die Minister gekommen, welche Maßregeln hätten sie erlassen? Kein Erlaß hätte den Redner mit so großem Schmerz, mit solcher Scham erfüllt, als der Erlaß des Justizministers an die Präsidenten der Obergerichte. Wie müßte der Verfasser der Gerichtsordnung, Suarez, erröthen, wenn er diese Auslegung seines Werkes zu Gesicht bekäme. Die Beamten hätte der Erlaß ruhig gelassen, aber wedy' eine Zeit, in welcher solche Erlasse möglich seien? Viel lasse sich über die Lage des Landes nicht hinzufügen, alle Welt fühle sie zu schwer. Niemals hätte die Volksvertretung mehr die Pflicht gehabt, dem Könige zu zeigen, hier den einzigen Weg durch Aufrechterhaltung der Verfassung zur Macht nach Innen, zur Geltung nach Außen, dort den Abgrund der Verfassungsverletzung, der mit Füßen getretenen beschworenen Verfassung. Thun wir (schließt der Redner) unsere Pflicht, stehen wir treu zum Lande, wie das Land zu uns steht (Beifall links.) Graf Bethun-Huc (auf der Journalisten-Tribüne kaum verständlich) spricht gegen die Adresse. Bei einer Divergenz zwischen den verschiedenen Factoren der

Landesvertheidigung, oder bei einer Gefährdung der nackten Existenz des Staates durch den Beschluß auch nur eines Factors, hat die Staatsregierung das Recht, wie die Pflicht, die Ausgaben des Staates, die schon in früheren Ordinalen festgestellt sind oder sich als notwendig für die nackte Staatsexistenz ergeben, aus den vorhandenen Einnahmen zu bestreiten. Eine Divergenz sei durch die Verwerfung des Budgets Seitens des Herrenhauses entstanden; diese Nothwendigkeit, für die nackte Existenz des Staates zu sorgen, müsse als maßgebend für die Aufrechterhaltung der Reorganisation der Armee anerkannt werden. Hätten die Minister diese Reorganisation nicht geschützt, so hätten sie Preußens Existenz auf Jahrhunderte gefährdet; (Oh! Oh!) hätten sie das Abgeordnetenhaus aufgelöst, so würden sie sich der Thorheit schuldig gemacht haben (Beifall; Heiterkeit). Wären sie aber von ihren Stellen zurückgetreten, so hätten sie sich feige gezeigt! Aber weder Thorheit noch Feigheit sind politische Tugenden. Dem Könige den Empfang der Loyalkitäts-Deputationen zu verübeln, verleihe den Art. 43 der Verfassungs-Urkunde (Unverletzlichkeit des Königs) Zeit handle es sich einerseits um den Anfang oder das Ende der im Hause herrschenden Partei, andererseits um Anfang oder Ende der preussischen Monarchie. (Staunende Ausrufe!) Er und seine Partei könnten keiner der eingebrachten Adressen zustimmen; ihre Adresse würde gewesen sein: eine kurze Paraphrase der Thronrede und zum Schluß der Ruf: Es lebe der König!

Abg. v. Carlwiz: Dem Verlegten gezieme es, den Schleier der Vergessenheit über die Wunde zu ziehen, die Verletzung aber treffe das Land, nicht die Minister, und Letztere thäten in der Thronrede, als sei es ihre Pflicht, den Schleier der Vergessenheit über das Vergangene zu ziehen. Hätten wir ein Ministeranklagegesetz, so hätte man eine Adresse ersparen können; so habe man alle Instanzen durchzumachen und als erstes Mittel eine Adresse an den König zu erlassen. Es liege im Interesse des Königs selbst, eine Adresse des Hauses zu empfangen, damit er die Stimmen des Landes vernehme, denn das Wohl des Königs und des Vaterlandes sei unzertrennlich. Das Haus müsse endlich seinen Weheruf erheben gegen die maßlosen Uebergriffe der Reaction. Es sei eine bage und schwer oder gar nicht zu beweisende Behauptung, daß das Vorgehen des Hauses gegen die Minister das Ansehen Preußens im Auslande schwäche. Das Haus trete nur für das gute Recht des Landes ein, das sei zu allen Zeiten und in allen Ländern patriotisch gewesen und habe dem Auslande imponirt. Für eine Schwächung des preussischen Ansehens im Auslande hätte das Ministerium in unübertrefflicher Weise gesorgt. Dasselbe bekämpfe in Kurben Zustände, welche es in Preußen verewigen wolle, und wenn der Kurfürst gesagt habe: „Ihr Preußen kehrt vor Eurer Thür“, so sei dies vielleicht das wahrste Wort, welches er je gesprochen. Was in der schleswig-holsteinischen oder gar in der deutschen Frage geschehen, sei nicht der Rede werth; ein Ministerium, das im Innlande kein Vertrauen habe, werde im Auslande Nichts für Preußens Ansehen zu thun vermögen; dennoch sei und bleibe das preussische Volk nach wie vor berufen, die Einigung Deutschlands zu bewirken und als Bannerträger der deutschen Freiheit aufzutreten. Dazu aber bedürfe es vor Allem die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände; die Volksvertretung habe im Augenblick keine andere Aufgabe, als jedes Mittel zu ergreifen, welches zur Zurückführung verfassungsmäßiger Zustände führe. In diesem Sinne empfehle der Redner den Adressentwurf der Majorität.

Abg. Reichenperger (Weldern). Der Schwerpunkt der ganzen Situation liege, wie der Referent gesagt, in der Verfassungsfrage, alle übrigen Dinge würden davon abhorigen. Um was handle es sich denn hier? Die Regierung habe eine Verstärkung der Machtstellung in Angriff genommen, welche nicht zum Durchbruch gekommen sei, weil die Regierung einseitig vorgegangen. Dies aber habe nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung Preußens geführt und zwar deshalb weil man den Zweck höher gedacht habe als die Mittel. Die Krone selbst habe sich in keiner Weise präjudicial gegen die Intentionen des Hauses geäußert. Man habe nicht nötig, die Krone aus der Debatte fortzulassen, wenn man ihr nur Gutes nachsagen könne; nur so könne die Hauptschwierigkeit beseitigt und dem Ministerium die Einsicht in die wahre Lage erleichtert werden. Die Regierung scheine an ein Aufgeben des Widerpruches zu glauben, weil es den Widerspruch des Hauses nicht für berechtigt halte. Dies sei durchaus irrig. Der Redner knüpft hieran einen geschichtlichen Ueberblick über die Entstehung der Verfassungsbestimmungen über das Budget, hauptsächlich des Art. 99 der Verfassung; er erinnere daran, daß das Bewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses von der conservativsten Verammlung anerkannt und festgestellt worden. Gr. Arnim-Boitzenburg, der Ministerpräsident v. Manteuffel, Stahl u. A. hätten dafür gekämpft. Das gute Recht des Hauses sei unzweifelhaft. So weit also die Betonung der Verfassungsverletzung in Frage komme, sei der Redner durchaus für eine Adresse. Nicht im Uebrigen. Es werden Beschwerden geführt über Verfolgung der Presse, allein letztere sei doch nur durch die Gerichte verfolgt, und diese seien correct verfahren; darüber ein Vamento an den Stufen des Thrones zu ergeben, sei unerhörte. Man wolle gegen die Beamten-Maßregelungen klagen; habe man schon vergessen, daß die Fortschrittspartei in der Zeit der sogenannten „neuen Aera“ dauernd solche Maßregelungen gefordert habe, und müsse man nicht fürchten, durch einen Hinweis darauf zum Schweigen gebracht zu werden? Der Schuß gegen Verfolgung dürfe nicht nur für verfassungstreue, sondern auch für solche gefordert werden, die sich aus der Verfassung etwas weniger machen (Beifall). Redner halte das Verfahren der Regierung nicht für verfassungsmäßig, allein von da bis zur Verfassungsverletzung sei noch ein weiter Weg. Die Ausgaben, welche das Ministerium gemacht, seien noch keine Staats-Ausgaben, es habe diese Ausgaben

auf seine Verantwortung gemacht. Ein weiteres Festhalten dieses Standpunktes müsse freilich zu Rechtsverletzungen führen. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß eine Adresse zu Stande kommen möchte, welche von allen liberalen Parteien unterzeichnet werden könnte, welche lediglich die Verfassungsverletzung betone.

Ministerpräsident v. Bismarck: Der Entwurf, welchen die Commission vorgelegt hat, hat das unbestreitbare Verdienst, Klarheit in unsere gegenseitigen Beziehungen zu bringen. In dieser Adresse werden dem Hause der Abgeordneten Rechte vindicirt, welche das Haus entweder garnicht oder doch nicht allein besitzt. Wenn Sie, meine Herren, das Recht hätten, durch ihre alleinigen Beschlüsse das Budget in seiner Hauptsumme und in seinen Einzelheiten gültig festzustellen; wenn Sie das Recht hätten, von Sr. Majestät dem Könige die Entlassung der Minister, welche Ihr Vertrauen nicht haben, zu fordern; wenn Sie das Recht hätten, durch Ihre Beschlüsse über den Staatshaushalt-Etat den Stab über die Armeereorganisation zu brechen; wenn Sie das Recht hätten — wie Sie es verfassungsmäßig nicht haben, in dieser Adresse aber beanspruchen — die Beziehungen der Executivgewalt zu Ihren Beamten maßgebend zu controliren: dann wären Sie in der That im Besitze der vollen Regierungsgewalt in diesem Lande. Auf der Basis dieser Ansprüche beruht die Adresse, wenn sie überhaupt eine Basis hat. Ich glaube daher ihre praktische Bedeutung kurz dahin bezeichnen zu können: durch diese Adresse werden dem königl. Hause der Hohenzollern seine verfassungsmäßigen Regierungsrechte abgefordert und für die Majorität dieses Hauses in Anspruch genommen. (Lebhafte Widerpruch. Glocke des Präsidenten.) Auf diese Weise wäre die unbedingte souveraine Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses hergerichtet. Dies ist nicht verfassungsmäßiges Recht in Preußen, Letzteres hält das Gleichgewicht der drei gesetzgebenden Gewalten durchaus fest; keine kann die andere zum Nachgeben zwingen; sie weist hin auf den Weg der Compromisse, der Verständigungen. Ein constitutioneller Staatsmann sagte, daß das ganze Verfassungsleben eine Reihe von Compromissen ist und bleibt. Wird diese Reihe unterbrochen dadurch, daß der eine Factor seine eigene Ansicht mit doctrinärem Absolutismus durchzuführen will, so treten Conflicte ein, und da das Staatsleben nicht stille stehen kann, so wird der Conflict von demjenigen Factor erledigt, der die Gewalt hat. In der Theorie ist es unbestreitbar, daß Sie, meine Herren, berechtigt sind, das ganze Budget zu verwerfen und dadurch also unter Andern auf Entlassung von Beamten, auf die Sessirung der Armeereorganisation einzuwirken. Aber diese Theorie ist unverträglich mit der Praxis; in dieser ist dergleichen noch nicht geschehen. Durch wessen Schuld nun in dem jetzigen Falle das Zustandekommen des Compromisses verhindert worden ist, darüber werden wir uns schwerlich verständigen. Ich erinnere Sie daran, daß nach der Auflösung des Abgeordnetenhauses die Krone Ihnen entschieden entgegengekommen ist. Es wurden die Anforderungen für das Militärbudget um mehrere Millionen herabgesetzt, der Steuerzuschlag von 25 pCt. freiwillig fallen gelassen. (Verwunderung.) Ihre Antwort auf die Versöhnungsversuche, meine Herren, bestand darin, daß Sie einen Beschluß faßten, bei dem ich nicht ansehe Ihnen den Vorwurf des Mißbrauchs der Gewalt, den Sie uns vorher gemacht, zurückzugeben. Sie mißbrauchten Ihr Recht dazu einen Beschluß zu fassen, dessen Ausführung vollständig unmöglich war, wenn man Preußen nicht wehrlos machen und die Ausgaben, die für die Militär-Organisation geleistet sind, nicht als weggeworfen betrachten wollte. Sie verlangten von Sr. Maj. dem Könige die Entlassung von etwa einem Drittel der Cavallerie, der Hälfte der Infanterie; in seiner Gesamtheit war ihr Beschluß schon um deshalb nicht ausführbar, weil er sich auch auf die Vergangenheit zurückziehen sollte. Durch diesen, ich kann wohl sagen, radicalen Beschluß geriethen Sie zuerst in die Sadgasse, aus der Sie den Ausweg jetzt suchen und sehr schwer finden werden. (Heiterkeit) Noch einmal kam trotz dessen Ihnen die königliche Staatsregierung entgegen, indem Sie erklärte, in das Amendement des Abgeordneten v. Vinke eingehen zu wollen, wenn auch nicht auf die Motive desselben. Die Reihe, Concessionen zu machen, ist nun an Ihnen und ohne daß Sie solche machen, werden wir aus dem Conflict schwerlich herauskommen. Das Herrenhaus verwarf und nach meiner Ueberzeugung mit vollem Recht das von Ihnen voritire Budget. Die Behauptung, daß eine Lücke in der Verfassung besteht, ist keine neue Erfindung. Die Behauptung, daß wir verfassungswidrig gehandelt hätten, muß ich entschieden zurückweisen, und ich wiederhole Ihnen, wir nehmen unsern Eid, mit dem wir die Verfassung beschworen haben, ebenso ernsthaft, wie Sie den Ihrigen. Möchten wir auf der einen wie auf der andern Seite nicht zu vorschnell mit dem Vorwurf der Verfassungsverletzung sein, der zugleich den des Eidbruchs involvirt, wenigstens objectiv. Es sind verschiedene Theorien zur Sprache gekommen, wie diese Lücke zu füllen sei; die Einen meinten, das Budget des vorangegangenen Jahres trete dann in Kraft; Andere sagen, daß die absolute Macht des Königthums dann einzutreten habe. Ich will nicht darauf näher eingehen. Das eine nur war mir klar, daß wir nicht pessimistisch verfahren durften, daß der Staat lebt und existirt, daß wir die Kassen nicht schließen konnten und es kommen ließen, wie es will. Dieser Nothwendigkeit haben wir Rechnung getragen und sie selbst haben nicht verlangt, daß wir die Zahlung der Beamtengehälter sistiren sollen. Sie sagen, die jetzige Situation würde dadurch noch verschärft, daß Sie einen bestimmten Entschluß gegen das nun doch seitens der Regierung Gesehene gefaßt hätten. Das, m. H., ist eine Ueberschätzung der Autorität, welche Ihrem einseitigen Beschluß beigelegt werden könnte. Sie können uns weder autorisiren zu irgend einer Ausgabe, noch die Grenzen des Staatsbedürfnisses überhaupt vorzeichnen. Es ist immer notwendig, daß die Zustimmung des

Herrenhauses und die Sanction der Krone hinzutritt, um aus Ihrem Votum eine gesetzliche Bestimmung zu machen. Was Ihnen, m. H., die Verfassung an Rechten zubilligt, soll Ihnen werden. (Sensation.) Was Sie darüber hinaus verlangen, werden wir ablehnen und Ihnen gegenüber und Ihren jetzigen Forderungen die Rechte der Krone mit Entschlossenheit und Ausdauer vertheidigen. Es ist ein eigenthümliches Zusammentreffen, daß gerade diese Berathung und dieses Manifest, welches Sie dem königl. Hause zu überreichen gefonnen sind, zusammenfällt mit dem heutigen Geburtstage unseres mutmaßlichen Thronerben. In diesem Zusammentreffen sehen wir eine doppelte Aufforderung, fest für das Recht Sr. Majestät, des königl. Hauses und insbesondere der Nachfolger Sr. Majestät einzutreten. Das Königshaus Hohenzollern hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif, ein bloß ornamentaler Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu werden. Es ist noch nicht so weit, als ein bloßer Maschinentheil in den Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden.

Abg. v. Arnub: Ich acceptire die offene Sprache des Hrn. Ministerpräsidenten, muß aber gegen manche seiner Behauptungen und Folgerungen Protest einlegen. Wenn Herr v. Bismarck sagt, daß das Abgeordnetenhaus dahin strebe, die Organisation der Armee, die ganze Executiv von sich abhängig zu machen, so glaube ich hiergegen nicht bloß in meinem und meiner politischen Freunde Namen, sondern im Namen des ganzen Hauses Verwahrung einlegen zu müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Behauptung des Hrn. Ministerpräsidenten, daß die Minister immer nur „auf Befehl des Königs“ handeln, bedeutet nichts anderes, als daß wir nur scheinbar die Minister, in der Wirklichkeit aber die Krone angreifen. Niemand von uns will die Krone nur im geringsten antasten oder die Ehrfurcht vor derselben irgendwie verletzen; wir wollen nichts weiter, als die Rechte der Krone nach der beschworenen Verfassung wie die Rechte des Landes wahren. Das ist nicht bloß unser Recht, sondern auch unsere Pflicht gegen König und Land. Wir sind der Krone Ehrfurcht schuldig, aber auch Wahrheit und Offenheit. Die Verfassung garantirt uns das Recht der Minister-Anklage; wäre aber die Theorie des Hrn. v. Bismarck richtig, dann würde eine Anklage gegen die Minister Hochverrath gegen die Krone sein. (Hört! hört!) Niemand ist ein gesetzlicher Anhaltspunkt dafür zu finden, daß wenn kein Budget zu Stande gekommen, die Minister autorisirt seien, nicht bloß die ordinären, sondern auch die extraordinären, die verweigerten Ausgaben zu leisten. Wenn es sich noch darum handelte, ob der Erlaß einer Adresse zweckmäßig, nützlich sei, so wäre es jetzt nach der neuesten Erklärung des Ministerpräsidenten zweifellos. Als ich zum letzten Male auf dieser Tribüne stand, vor 14 Jahren, war die Zukunft ebenfalls dunkel, die Gegenstände ebenfalls so scharf und scharf wie heute, aber der tiefe Spalt von damals hatte doch eine andere Bedeutung als heute. Auf die ungereimte Action von 1848 war die naturgemäße Reaction gefolgt, die Regierung brauchte mit ihrer Gewalt nur hinzutreten, und der Sieg gehörte ihr. Jetzt ist das Verhältnis ein anderes, die Stellung der besitzenden Klassen eine andere; jetzt ist die Reaction am gefunden Körper, aus heiler Haut eingetreten. Die Luft trennt nicht mehr das Volk untereinander sondern nur die Regierung vom Volke. Um aus der „Sadgasse“ herauszukommen, giebt es zwei Mittel: erstens ein wirkliches thatsächliches Entgegenkommen der Regierung behufs einer Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus. Daß das Haus einer Verständigung nicht aus dem Wege geht, bewies sein Verhalten im vorigen Jahre, als sich aus den Worten des Kriegsministers die Hoffnung auf eine Ausgleichung schöpfen ließ. Ein zweites Mittel ist ein fester Entschluß, und den haben wir. Daß bei allen Kulturvölkern der ruhige geregelte Fortschritt sich auf Compromisse gründet, ist richtig; auf irreguläre Sprünge vorwärts folgen gleiche Sprünge rückwärts und auf Gewitter ist nicht zu rechnen, denn man weiß nicht, wo sie einschlagen und wen sie treffen (Bravo!); aber zu Compromissen gehören zwei. Wenn nun einer nicht ein Haar breit nachgiebt, so ist das kein Compromiss, sondern das heißt: sich kompromittiren (Zustimmung, Heiterkeit). Redner wendet sich im weiteren Verlauf seiner Rede zur Besprechung der drei vorliegenden Entwürfe im Einzelnen. Er erklärt sich für den Entwurf der Commission, da es die unabweisliche Pflicht der Volksvertretung sei, die Lage des Landes offen und ehrfurchtsvoll vor dem Throne darzulegen. Die Angriffe seien nur gegen das Ministerium gerichtet, nicht gegen die Krone. Den Erfolg erwarte er allerdings nicht von der Adresse, daß das Haus mit diesem Ministerium einen Compromiss schließen werde. Die Basis der Anschauungen des Ministeriums sei, daß wir eigentlich noch im absoluten Staat lebten und nur gewisse Concessionen von der Krone gemacht seien. Der nackte Absolutismus sei in Preußen nicht mehr aufrecht zu halten — das geben selbst die Redner auf der andern Seite des Hauses zu. Der constitutionelle Ritter helfe nichts; es bleibe nichts übrig, als offen und ehrlich einzutreten in die constitutionelle Monarchie, selbst wenn die persönliche Neigung anders wohin deuten sollte. Und weil dies eine geschichtliche Wahrheit, darum behaupte ich dreist, nicht unsere Gegner, wir sind die eigentlichen Träger der Dynastie. Wir werden nicht erlauben in diesen Bestrebungen, und wir hoffen, daß der monarchische Sinn, der im Volke vorhanden ist, nicht schwinde durch die Art und Weise, wie man uns ein Recht nach dem Andern zu entziehen versucht. Unsere Aufgabe ist eine schwere, in vielen Fällen kaum vereinbar mit den Interessen der Person. Und woher kommt uns der Muth, die Ausdauer und Beharrlichkeit in der Durchführung unserer Aufgabe? Weil — mögen wir mit grauem Haare es erleben oder nicht — wir die Ueberzeugung haben: die Zukunft, meine Herren, ist unser! (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Graf v. Schwerin: Meine Herren! Es war meine Absicht, und ich habe diese Absicht auch jetzt

noch nicht aufgegeben, gegen den Erlaß einer Adresse überhaupt das Wort zu nehmen. Zu meinem tiefen Bedauern muß ich aber, ehe ich dazu übergehe, auch meinerseits ausdrückliche Verwahrung einlegen gegen die Worte, die wir hier aus dem Munde des Herrn Minister-Präsidenten gehört haben. (Bravo!) Der Herr Minister-Präsident — ich bedauere sehr, daß er sich nicht mehr auf seinem Platze befindet — hat uns erinnert, daß heute der Geburtstag des Erben der preussischen Krone sei und daran die Erklärung geknüpft, daß das Ministerium mit allen Mitteln und aus allen Kräften bestrebt sein werde, die Rechte der Krone aufrecht zu erhalten. Ich zweifle daran nicht, daß dies die Absicht ist, meine Herren, aber ich glaube, man sollte auch uns zutrauen, daß wir diese Rechte zu wahren entschlossen sind; deshalb aber eben erkläre ich hier, daß ich den Satz, in dem die Rede des Herrn Minister-Präsidenten culminirt: „Macht geht vor Recht; spricht Ihr, was Ihr wollt, wir haben die Macht, und also werden wir unsere Theorie durchführen“, nicht für einen Satz halte, der die Dynastie in Preußen auf die Dauer stützen kann (stürmisches Bravo), daß dies nicht ein Satz ist, auf dem die Größe unserer Dynastie, die Größe unseres Landes beruht, daß vielmehr der Satz, auf dem die Größe unseres Landes und die Verehrung, die das preussische Regentenhaus bisher im Inlande, wie im Auslande genießt und fort und fort genießen wird, daß dieser Satz vielmehr umgekehrt lautet: Recht geht vor Macht! (Stürmisches Bravo.) *justitia fundamentum regnorum*: das ist der Wahlspruch der preussischen Könige, und er wird es fort und fort bleiben, und weil er es bleibt, so wird das preussische Regentenhaus, das preussische Land auch diese Kräfte ganz sicher überdauern und glänzen, wenn lange nicht mehr über die Theorien gesprochen wird, über die man noch heute streitet. (Bravo.)

Man braucht, meine Herren, wenn man in dieser Weise sich ausdrückt, nicht den Standpunkt zu adoptiren, zu dem der Herr Vorredner an dieser Stelle sich bekannt hat. Man kann, wie ich mich im vorigen Jahre ausgesprochen habe, heute noch der Meinung sein, daß auch dieses Haus durch seine Beschlüsse sehr wesentlich dazu beigetragen, uns in den beklagenswerthen Zustand zu versetzen, in welchem wir uns befinden. Wenn man im vorigen Jahre Beschlüsse faßte, die man nicht ausgeführt wissen wollte, sondern durch die man etwas Anderes zu erreichen beabsichtigte, als man beschloß, so nenne ich dies heute noch, wie ein verehrter Redner von ihrer Seite es im vorigen Jahre nannte, eine Politik der Demonstration und der Agitation, die nimmermehr dem Lande zum Heile gereichen kann. Verzeihen Sie mir diesen Eingang, zu dem ich nicht vorbereitet war und zu dem ich mich nur veranlaßt fühlte durch das, was ich eben gehört habe. Ich will Ihnen nur mit einigen Worten meine Meinung aussprechen, daß keine Veranlassung vorhanden ist, eine Adresse an des Königs Majestät in diesem Augenblicke zu erlassen. Ihre Commission hat ohne näher eingehende Erörterung die Frage, ob es zweckmäßig, politisch geboten, eine Adresse zu erlassen, bejahend entschieden; ich mache ihr daraus keinen Vorwurf. Nachdem bereits ein von der absoluten Majorität des Hauses unterstützter Antrag auf eine Adresse vorlag, so dürfte sie diese Frage für entschieden erachten, und wenn ich mit ein paar Worten darauf zurückkomme, so geschieht dies nur, um mich vor dem Gewissensvorwurf zu schützen, daß ich geschwiegen hätte, wo ich Recht und Veranlassung hatte, zu sprechen. Ich bin sehr verschieden der Meinung, meine Herren, daß der gegenwärtige Augenblick zu einer Adresse an des Königs Majestät nicht auffordert, sondern im Gegentheil alle Veranlassung ist, daß das Haus der Abgeordneten von seinem desfallsigen Rechte jetzt keinen Gebrauch mache. Ich will keinen Werth darauf legen, daß es parlamentarischer Gebrauch zu sein pflegt, nur dann eine Adresse an des Königs Majestät als Antwort auf die Thronrede zu erlassen, wenn des Königs Majestät die Session selbst eröffnet hat. Ihre Commission und auch die Majorität der Herren, welche den Entwurf Ihnen vorgeschlagen haben, wollen ja auch keine Beantwortung der Thronrede. Sie sagen, die Lage des Landes erfordert es, daß wir uns offen und frei vor dem Thron aussprechen. Ich sage, meine Herren, die Lage des Landes erfordert das nicht; allerdings ist die Lage des Landes eine abnorme, allerdings befinden wir uns in Zuständen, welche thatsächlich der Verfassung nicht entsprechen. Ich habe schon vorhin hervorgehoben und wiederhole es von Neuem, was ich Ihnen im vorigen Jahre gesagt habe, (ich sage Ihnen also nichts Neues damit) ich suche die Schuld nicht allein an der Stelle, an der Sie diese allein suchen und finden zu müssen glauben. Aber ich bin, denke ich, mit Ihnen, meine Herren, darin einverstanden, daß wir uns und dem Lande den Conflict, wenn ich mich des Ausdrucks so bedienen darf, da er doch einmal gang und gäbe geworden ist, nicht zu verschleiern haben, sondern ihn fest ins Auge zu fassen. Aber meiner Ueberszeugung nach sind die Stufen des Throns nicht der Ort, wo politische Konflikte ausgetragen werden können. Der Ort dazu ist dieses Haus und die Verhandlung hat mit den Räten der Krone stattzufinden, und in dem gegebenen Falle würde unzweifelhaft diejenige Verhandlung, bei der sie sich zu entwickeln haben würde, die Budgetberatung sein. Ich bin entschlossen, bei Gelegenheit dieser Verhandlung, um mich des Ausdrucks des Herrn Abg. Reichensperger (Geldern) zu bedienen, mich ebenfalls als Depositär des Rechtes des Volkes zu betrachten, und fest einzustehen für dasjenige, was ich den Interessen und dem Rechte des Landes entsprechend erachte. (Bravo!) Aber Sie sagen ferner, meine Herren, seit dem Schlusse der vorigen Session sind Dinge geschehen, worüber Sie, ohne dem Abgeordnetenhaus und dem Lande etwas zu vergeben, nicht schweigen dürfen; mag das sein, meine Herren! aber auch hier bestreite ich, daß eine Adresse an die Krone die rechte Form hierfür sei. So weit es sich um Demonstration gehandelt hat, ist Demonstration der De-

monstration gegenüber gesetzt. Gegen 10,000: 40,000, gegen 100,000: 250,000 oder, wie der geehrte Herr Präsident heute mitgeteilt hat, 300,000 Unterschriften. Meinen Gefühlen nach aber entspricht es nicht der Ehrfurcht, welche jeder loyale Unterthan dem erhabenen Träger der Krone schuldet und die nicht zu verletzen, wie ich überzeugt bin, die Absicht eines jeden Mitgliedes dieses Hauses ist — Worte, die von den Säulen des Thrones gesprochen und dort mit Wohlwollen und Dank aufgenommen worden sind, an derselben Stelle in einer Weise zu charakterisiren, wie sie der Entwurf der Majorität charakterisirt. Kann man es nicht anders, so schweigt man besser ganz darüber. Wenn wir nun auch, meine Herren, in der Auffassung über den Ursprung, den Umfang und die Tragweite des gegenwärtigen Conflicts sehr verschieden denken, so glaube ich, sind wir doch darüber einig, daß seine baldige, der Verfassung, die keine Lücke hat, entsprechende Lösung im Interesse der Krone und des Landes dringend geboten, aller Anstrengung und aller Selbstverleugnung werth ist. Können Sie aber wirklich glauben, daß, wie die Verhältnisse in diesem Augenblicke liegen, eine Adresse, wenn sie im Sinne der Majorität dieses Hauses beschlossen wird, uns diesem Ziel näher führen würde? Ich fürchte, die Debatten, die vom Erlaß einer solchen Adresse untrennbar sind, werden wesentlich dazu beitragen, wie wir heute schon gesehen haben, der Erbitterung der Gemüther, die der Veröhnung entgegensteht, von Neuem Vorschub zu leisten. Sie werden damit der Reaction in die Hände arbeiten (Widerspruch links), mehr als die Agitationen des Volksvereins es vermocht haben. (Zustimmung rechts.) Deshalb, meine Herren, stimme ich prinzipialiter gegen jede Adresse, event. kann ich mich nur derjenigen anschließen, die von dem Abgeordneten Freiherrn v. Vinde ausgegangen ist und der ich mich in diesem Sinne angeschlossen habe. Sie spricht den Punkt wegen der Verfassung in klarer und präciser Weise aus, ohne zu schroff zu sein, ohne mehr zu sagen, als absolut nothwendig ist zu sagen. Ich stimme gegen die Adresse der Commission, weil ich sie in ihrer Form verfehlt, nicht ehrerbietig genug gegen die Krone und in ihrem Inhalt durchaus nicht überall begründet erachten kann. Das der Grund, weshalb ich gegen die Adresse stimme (Bravo! rechts.)

Ministerpräsident v. Bismark: Ich habe den Anfang des Vorredners nicht gehört und vernehme soeben durch Mittheilung meiner Herren Kollegen, daß ein Mißverständnis (Unruhe) meiner Worte zu einer warmen „Ihres Beifalls gewissen“ Erwiderung Veranlassung gegeben hat. Ich soll danach gesagt haben, Macht gehe vor Recht. Ich erinnere mich in der That nicht, diesen Satz ausgesprochen zu haben. Ich habe zu Compromissen gerathen, weil im Staatsleben Konflikte sich einzustellen pflegen, die nothwendig zu Machtfragen werden. Derjenige, der im Besitze der Macht sich befindet, ist dann genöthigt sie zu gebrauchen. (Unruhe.) Ich mache auf eine unparteiische Beurtheilung Ihrerseits keinen Anspruch, und will nur zu Protokoll rectificiren, was ich gesagt habe.

Abg. Graf Schwerin (vom Platze): Meine Herren, ich habe nur auf die letzte Aeußerung des Herrn Minister-Präsidenten zu erwidern, daß, wenn ich mich recht erinnere, ich nicht gesagt habe, der Herr Minister-Präsident hätte diese Worte gebraucht, sondern ich habe gesagt, seine Rede culminirte in dem Satze (Sehr richtig!), und das muß ich leider auch noch jetzt behaupten. (Bravo!) — Die Vertagung der Debatte wird hierauf beantragt und genehmigt. Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

— In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprach Iwesten gegen die absolutistische Theorie der Budgetlosigkeit. Ein Verfassungsbruch würde die heiligsten Bande zerreißen und selbst ein octroyirtes Wahlgesetz nicht eine Majorität für die Regierung erzielen. Janiszewski, von der polnischen Partei, sprach für die Adresse. Nach einer Rede von Schulze-Delitzsch sagt der Finanzminister, die Regierung habe den Artikel 99. nicht verletzt, die Vorlage des Budgets sei erfolgt, und die Regierung für das Herrenhaus nicht verantwortlich. Die Regierung suche die Lösung des Conflicts durch nachträgliche Genehmigung des Budgets für 1862 durch die Kammer, allein nicht als Staatsüberschreitung. Erst nach dem um die Mitte des März erfolgenden Ratsenschluß sei die Einbringung in Form einer Rechnungsablegung möglich. Das Verfahren der Regierung sei vielleicht nicht verfassungsgemäß, aber auch nicht verfassungswidrig. Hierauf erfolgte der Schluß der Debatte. Den ausführlichen Bericht über diese Sitzung bringt die nächste Nummer d. Bl.

K u n d s c h a u.

Berlin, 28. Januar.

— Der Staats-Anz. enthält folgendes Communiqué: „Wir waren bereits ermächtigt, in unserer Nummer vom 23. d. M. die in verschiedenen österreichischen Blättern, unter anderen in der Wien. Ztg., dem Organe für amtliche Veröffentlichungen, verbreiteten Angaben, als sei von Berlin aus die Initiative zu einer Zusammenkunft mit dem kais. österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ergriffen worden, als unwahr zu bezeichnen. Nichtsdestoweniger fährt der Wiener „Botschafter“ und zahlreiche andere Blätter des In- und Auslandes, welche in officiösen Beziehungen stehen, fort, jene erdichtete Nachricht zu wiederholen oder aufrecht zu erhalten. Die Absichtlichkeit, welche bei der Fortsetzung dieses Verfahrens unverkennbar zu Tage tritt, dürfte die Königl. Regierung endlich in die Nothwendigkeit versetzen, durch Veröffentlichung von amtlichen Actenstücken der Verbreitung von dergleichen tendenziösen und lügenhaften Entstellungen ein Ziel zu stecken.“

Stettin, 26. Jan. Die „Ostsee-Zeitung“ schreibt: Die großen Schwierigkeiten, welche sich dem Bau einer Eisenbahn von Belgard nach Dirschau entgegenstellen, haben nenerdings in einem Theile

Hinterpommerns das Augenmerk auf eine andere Linie gelenkt, welche in der Hauptsache demselben Bedürfnisse entsprechen soll, nämlich auf eine Bahn von Wangerin über Dramburg, Falkenburg, Tempelburg und Neustettin nach Dirschau. Diese Bahn würde den Weg von Stettin nach Dirschau zc. in der That noch um einige Meilen mehr abkürzen, als Belgard-Dirschau. Die „Ostsee-Ztg.“ sagt aber zugleich, daß diese Linie sehr erhebliche Terrain-Schwierigkeiten hat.

Coburg, 24. Jan. Obgleich der Herzog schon vorgestern Nachts von Brüssel nach Gotha mit dem Staatsminister v. Seebach und dem Geh. Regierungsrath Samwer zurückgekehrt ist, so wird doch darüber, welches Resultat die Brüsseler Konferenzen bezüglich der griechischen Krone gehabt haben, ein tiefes Schweigen beobachtet. Doch scheint die Nachricht, daß der Herzog diese Krone abgelehnt habe, die größte Wahrscheinlichkeit für sich zu haben. Gleichwohl traf gestern Nachts ein englischer Courier bei dem hiesigen englischen Geschäftsträger ein, welcher nach Uebergabe seiner Depeschen sofort nach München weiter eilte; und heute Morgen eilte der hiesige englische Geschäftsträger mit dem ersten Zuge nach Gotha zum Herzog.

Warschau, 25. Jan. Gestern kam die Schnellpost von Siedlec hier an und brachte die Eingeweide des Generals Tscherkasoff, der auf dem Wege von Siedlec hierher von den Aufständischen getödtet wurde. Der Conducteur berichtet, daß sich einige Meilen von Siedlec, ohnweit Biala, plötzlich eine Colonne von ungefähr 1000 Mann mit Pistolen und Revolvern bewaffnet, zeigte, die ihm zurief, stille zu stehen. Als er dem Rufe Folge leistete, verlangte man den Personenzettel von ihm. Als sie den Namen Tscherkasoff erblickten, riefen sie aus: eben diesen suchen wir. Sie öffneten nun den Schlag, und erklärten dem im Wagen sitzenden General, er sei vom National-Comité zum Tode verurtheilt und sofort schoß einer seinen Revolver auf ihn ab; die Kugel zerschmetterte ihm den Kopf. Dann schleppten sie die Leiche aus dem Wagen schnitten ihr den Bauch auf, rissen die Eingeweide heraus, warfen sie in den Postwagen und sagten zum Conducteur: Diese bringen Sie dem Fürsten Constantin, denn den Körper behalten wir, um unseren Oberen zu beweisen, daß wir ihre Befehle pünktlich erfüllen! So erzählt man sich, und füge ich hinzu, daß Tscherkasoff vom Statthalter zum Kriegsgericht gegen die Chelmer Mörder abgeschickt worden war und gegen dieselben das Todesurtheil unterzeichnet hatte.

lokales und Provinzielles.

Danzig, den 29. Januar.

— Herr Oberbürgermeister von Winter ist mit dem heutigen Schnellzuge in Familien-Angelegenheiten nach Berlin gereist.

— Die definitive Anordnung, daß wegen der in Polen ausgebrochenen Unruhen die preussische Grenze von einer ambulanten Gens'darmen-Kette mit überwacht werden soll, um etwaige Uebertritte der Insurgenten zu verhindern zu helfen, ist bereits ergangen, und werden sich nunmehr schleunigst von Breslau die sämtlichen Fußgends'darmen bis auf zwei, welche zurückbleiben, sowie die berittenen Gens'darmen, welche auf den umliegenden Ortschaften stationirt sind, per Eisenbahn an die polnische Grenze begeben. Um die Abgehenden beim Sicherheitsdienste zu ersetzen, sollen Hülfsgens'darmen einberufen werden.

— Die nächste Schwurgerichtsperiode beginnt am 16. Februar und werden, wie es heißt, gegen dreißig Anklagen zur Verhandlung kommen.

— Morgen findet eine General-Versammlung der Friedrich-Wilhelm-Schützenbrüderschaft statt.

Posen, 27. Jan. Dem Vernehmen nach werden heute Ertrazüge mit Truppen aus Schlessen erwartet. Ueber die Einziehung der Reservisten können wir aus zuverlässiger Quelle mittheilen, daß der Befehl zu dieser Maßregel gestern ergangen ist, aber nur die Infanterie der 10. Division und in so weit betrifft, daß das 6., 12., 46. und 59. Regiment sich durch Einziehung von Reservisten auf die Friedensstärke kompletiren, an welcher durch die im vorigen Herbst entlassenen Mannschaften gegenwärtig ein erhebliches Manco ist. Die im künftigen Monat zur Einstellung gelangenden Rekruten würden unter diesen Verhältnissen als überetatmäßig verpflegt werden müssen.

Protoschin, 26. Jan. In Folge soeben eingegangener Ordre rückt aus Anlaß der im Königreich Polen ausgebrochenen Unruhen morgen ein Kommando der hiesigen Eskadron des westpreussischen Ulanenregiments Nr. 1, bestehend aus 1 Offizier, 3 Unteroffizieren und 27 Ulanen, an die polnische Grenze, und ist als dessen Stationsort zuvörderst das hart an der Grenze liegende Städtchen Zerlow bestimmt. Von dem hiesigen Füsilierbataillon ist ebenfalls ein Kommando von ca. 80 Mann nach der Grenze bestimmt, das morgen an seinen Bestimmungsort abrückt.

